



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DAS KONZEPT DES INTERMARIUM UND DER DREI-MEERE-INITIATIVE

### ■ ANALYSE

- Das »Intermarium« und die »Drei-Meere-Initiative« als Elemente des euroskeptischen Diskurses in Polen 2  
Rafał Riedel, Universität Oppeln

### ■ DOKUMENTATION

- Präsident Andrzej Duda auf dem 1. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative 6  
Präsident Andrzej Duda auf dem Wirtschaftsforum des 3. Gipfeltreffens der Drei-Meere-Initiative 7  
Präsident Andrzej Duda auf dem 4. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative 8  
Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, auf dem 3. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative 9  
Rede von Staatssekretär Andreas Michaelis (Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland) auf dem 4. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative 9

### ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

- Die Mitgliedsstaaten der Drei-Meere-Initiative 10  
Einwohnerzahlen und Wirtschaftsdaten 11

### ■ CHRONIK

17. Dezember 2019 – 20. Januar 2020 14

## Das »Intermarium« und die »Drei-Meere-Initiative« als Elemente des euroskeptischen Diskurses in Polen

Rafał Riedel, Universität Oppeln

### Zusammenfassung

Das Ziel dieser Analyse ist, das erneut an Popularität gewinnende Konzept des »Intermarium« bzw. der »Drei-Meere-Initiative« als Bestandteil des gegenwärtigen politischen Diskurses in Polen vorzustellen. Ein Teil der meinungsbildenden Milieus fasst es als komplementäres Konzept zur Hauptströmung der EU-Integration auf, ein anderer Teil betrachtet es dagegen als eine Art Alternative zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Entgegen der Versicherungen von Regierungsvertretern legen sowohl die verwendete Sprache als auch die Argumentationsart nahe, dass das Intermarium-Konzept als Teil des euroskeptischen Diskurses einzuordnen ist.

Im Zusammenhang mit der Drei-Meere-Initiative (*Three Seas Initiative – TSI*), ins Leben gerufen in Dubrovnik (Kroatien) im Jahr 2016, ist im aktuellen politischen Diskurs in Polen eine Renaissance der Kategorien »Drei Meere« und »Intermarium« zu beobachten. Obgleich eine Detailanalyse der historischen Quellen eine Unterscheidung zwischen den beiden Konzepten nahe legen würde, werden die beiden Kategorien heute im politischen Diskurs in Polen fast austauschbar angewendet. Da im Folgenden nicht der Nutzen der Konzepte als geopolitische Strategie analysiert wird, sondern als diskursive Kategorie, werden die beiden Bezeichnungen im Folgenden austauschbar verwendet.

### Die Etappen des Intermarium-Konzeptes

Das Intermarium-Konzept ist nicht neu und in verschiedenen historischen Phasen lassen sich sein Auf- und Abstieg beobachten, wenn auch nicht seine Realisierung, denn weder in der Zwischenkriegszeit noch heutzutage wurde es tatsächlich umgesetzt. Seine aktuelle Wiederbelebung erfolgte im Jahr 2005, doch darf dies Konzept nicht allein mit dem Beginn der Präsidentschaft Lech Kaczyńskis (2005 bis 2010) in Verbindung gebracht werden, der ein besonderes Gewicht auf die östliche Perspektive und das sogenannte Jagiellonische Konzept der Außenpolitik legte. Das Intermarium-Konzept ist gleichermaßen mit dem Jahr 2004 verbunden, als mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union ein wichtiges politisches Ziel erreicht wurde. Damals verschafften sich neben dem mobilisierenden Effekt des Beitritts auch euroskeptische Stimmen Gehör. Ein Ausdruck dessen war beispielsweise, dass die Partei Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 in Polen den zweiten Platz und zehn Mandate erlangte, weiter kam dies in den Gegennarrationen zur damals dominierenden Lösung von der »Rückkehr nach Europa« zum Ausdruck. In diesen Kontext sind die Wiederge-

burt der Idee des »Intermarium« und seine Renaissance in Gestalt der Drei-Meere-Initiative im polnischen politischen Diskurs eingebettet.

Historische Inspirationen für die Idee des Intermarium lassen sich zum einen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg finden, als in Ostmitteleuropa auf den Ruinen der untergegangenen Imperien Nationalstaaten entstanden bzw. wiederentstanden. Dazu gehörte auch Polen, das versuchte, sowohl seine wiedererlangte Unabhängigkeit zu sichern als auch größtmöglichen Einfluss auf die Lage in der Region zu gewinnen, denn die polnischen Diplomaten waren sich dessen bewusst, dass das gemeinsame Problem der Bewohner dieses Teils Europas die geopolitische Lage zwischen Berlin und Moskau war. Zum anderen weisen viele Wissenschaftler auf noch tiefer liegende historische Bezugspunkte hin, die bis in das Ostmitteleuropa des Mittelalters reichen, als im 15. und 16. Jahrhundert bedeutende Gebiete desselben unter jagiellonischer Herrschaft standen. Die Bezugnahme auf die ferne Historie, als Polen eine Territorialmacht war, lässt sich als Mythos des »goldenen Zeitalters« verstehen, das heißt einer imaginierten Zeitspanne, in der es den Menschen scheinbar besser ging. Diese Vorstellung hatte mit der Realität nicht viel gemein, allerdings rief ihre Beschwörung nostalgische Gefühle in Bezug auf das Verlorene hervor sowie das Gefühl des Stolzes auf die damalige Stärke, was sich in dem Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit den Staaten auf dem betreffenden Territorium ausdrückte und eines der Argumente für die Wiederaufnahme des einstigen Konzeptes war, um das geopolitische Problem zu lösen.

Allerdings hatten die Anstrengungen der Jagiellonen, die zu einer groß angelegten dynastischen Politik führten, letztlich nicht ausgereicht, um ein geopolitisches Subjekt von Dauer zu erschaffen, das über die Zukunft der Region hätte entscheiden können. Die folgenden Jahrhunderte brachten Polen viele innere Probleme und äußere Bedrohungen und mündeten schließ-

lich in die Teilungen der Adelsrepublik durch Russland, Preußen und Österreich. Trotz des Verlustes der eigenen Staatlichkeit tauchten im 19. Jahrhundert wieder Ideen auf, die Völker Ostmitteleuropas zu vereinigen. Ein Beispiel ist die Tätigkeit des Fürsten Adam Czatoryski, der sich bemühte, eine Außenpolitik (ohne einen eigenen Staat!) zu betreiben, die sich an der Wiedergeburt der slawischen Nationen sowie Ungarns orientierte, die derzeit Österreich, Russland und der Türkei unterstanden. In enger Zusammenarbeit sollten sie eine starke Föderation, angelehnt an das Bündnis mit Frankreich und der Türkei, bilden. Diese Föderation sollte ein Bollwerk gegenüber Russland sein sowie ein Gegengewicht zur Politik Preußens.

Die Anfänge der heutigen Gestalt des Intermarium-Konzeptes liegen in der polnischen Diplomatie und Publizistik der Jahre 1919 bis 1923. Die Aktivitäten zugunsten der Umsetzung dieses Projektes sowie seine theoretische Entwicklung lagen vor allem bei den Anhängern des Marschalls Józef Piłsudski. Ihr Hauptziel in der Außenpolitik war die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Polens, was von der Ausrichtung der Sicherheitspolitik des Staates abhing. Diese war durch Deutschland und Russland bedroht, die zwar infolge des jüngsten Krieges und vieler innerer Probleme geschwächt, aber immer noch gefährlich waren. Piłsudski betrachtete Russland als Hauptgefahr, weshalb er eine Föderation mit den östlichen Nationen der Litauer, Ukrainer und Belarussen schaffen wollte, die eine Barriere zwischen Polen und Russland bilden sollten. Der nächste Schritt zur Stärkung der Republik Polen sollte der Ausbau von Militärbündnissen und die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Region sein. Dieses Konzept wurde in der damaligen Publizistik als »Intermarium« bezeichnet. Aufgenommen werden sollten auch Estland, Jugoslawien, Lettland, Rumänien und Ungarn, in manchen Varianten auch Finnland. Das Bündnis sollte die Staaten der Region einander annähern, so dass sie eine effektive Außenpolitik, gestützt auf ein großes militärisches und wirtschaftliches Potential, hätten verfolgen können. Polen sollte einen besonderen Platz in diesem Bündnis einnehmen und den Ton in dessen Politik angeben. Das Intermarium-Konzept wurde 1920 entwickelt, und bis 1923 versuchte die polnische Diplomatie, es umzusetzen. Aufgrund einer Reihe von Misserfolgen und des Rückzugs des Piłsudski-Lagers vom Außenministerium wurde das Konzept nicht weiterverfolgt.

Während des Zweiten Weltkrieges lässt sich die Idee des Intermarium in der Politik der polnischen Exilregierung wiederfinden. Hier versuchte Ministerpräsident General Władysław Sikorski, eine polnisch-tschechoslowakische Konföderation aufzubauen. Die Absicht war,

das Projekt nach dem von den Alliierten gewonnenen Krieg zu realisieren. Das Konzept verfiel 1942 infolge der gegensätzlichen Vorstellungen über die zukünftige Grenzlinie zwischen Polen und der Tschechoslowakei sowie – was noch wesentlicher war – infolge der unterschiedlichen Haltung gegenüber der Sowjetunion.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich ganz Ostmitteleuropa in der Einflusszone der Sowjetunion. Dies machte es jenen Staaten unmöglich, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben. Das Intermarium-Konzept geriet auf ein totes Gleis der offiziellen polnischen Politik. Weiter entwickelt wurde es von polnischen Intellektuellen in der Emigration wie Jerzy Giedroyc (Paris) und Juliusz Mieroszewski (London) sowie in der Volksrepublik von oppositionellen Gruppierungen im Untergrund, die für die Unabhängigkeit Polens eintraten, insbesondere von der Konföderation für ein Unabhängiges Polen (*Konfederacja Polski Niepodległej* – *KPN*). Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989 verbreitete die *KPN* mit ihrem Parteichef Leszek Moczulski das Intermarium-Konzept weiter, das als ein Schritt Polens auf dem Weg in die Europäische Union verstanden wurde. Die Idee der *KPN* war, dass das Intermarium-Konzept für die Staaten zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer ein wirksamer Schutz vor der kulturellen Expansion Deutschlands und der territorialen Expansion Russlands sei. Außerdem sollte es eine Möglichkeit sein, die Wirtschaft der ostmitteleuropäischen Staaten vor dem Beitritt zur Europäischen Union zu koordinieren. Nach Moczulskis Einschätzungen waren die Staaten zu schwach, um dem wirtschaftlichen Druck Westeuropas standzuhalten, und würden sich ohne vorangehende Stärkung und Vereinigung den westeuropäischen Forderungen unterordnen müssen. In den 1990er Jahren führte die *KPN* einige Konferenzen mit Parteien aus den ostmitteleuropäischen Staaten durch, die mit dem Intermarium-Konzept sympathisierten, allerdings erloschen die Bemühungen der *KPN* in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre endgültig, da sie auf der politischen Bühne Polens an Bedeutung verlor.

Die Gründung der Visegrád-Gruppe im Jahr 1991 lässt sich ebenfalls als eine Spur des Intermarium-Konzeptes interpretieren. Wenn die beteiligten Staaten – Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn – auch nicht von einem Meer zum anderen reichen, stellt die Visegrád-Gruppe doch ein Forum der vertieften Zusammenarbeit eines Teils der Staaten Ostmitteleuropas dar. Die Visegrád-Gruppe spielte außerdem eine große Rolle bei der Integration dieser Region mit Westeuropa, sowohl im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EU als auch zur NATO.

Anfang des 21. Jahrhunderts konzentrierte sich die polnische Außenpolitik der damals von der Demokra-

tischen Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) geführten Regierung auf den Beitritt Polens zur EU, der 2004 erfolgte. Ein Jahr später wurde Lech Kaczyński Präsident und nahm diplomatische Aktivitäten auf, die sich auf den Aufbau guter Beziehungen zur Ukraine, Georgien, Armenien und den baltischen Staaten richteten. Dies war insofern vergleichbar mit dem Intermarium-Konzept, als das Hauptziel darin bestand, ein Gegengewicht zur russischen Dominanz im Osten aufzubauen sowie das Bild Polens als eines Mediators zwischen der EU und den Staaten der Schwarzmeerregion zu schaffen. Auch wenn die Politik Kaczyńskis eher als symbolische Unterstützung der östlichen Staaten einzuordnen ist, hatte sie mit ihrem Schwerpunkt auf Fragen der Energiesicherheit doch auch eine reale Dimension.

Die neueste Ausprägung des Konzeptes ist die Drei-Meere-Initiative, die im Jahr 2015 vom polnischen Präsidenten Andrzej Duda und der Präsidentin Kroatiens, Kolinda Grabar-Kitarović, gegründet wurde. Der erste Gipfel der Drei-Meere-Initiative fand am 25. und 26. August 2016 in Dubrovnik (Kroatien) mit Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, aber ohne die Ukraine statt. Die Teilnahme Österreichs sollte dem möglichen Vorwurf vorbeugen, dass hier ein Graben zwischen dem sogenannten alten und dem neuen Europa ausgehoben würde. Nach Aussage des österreichischen Botschafters in Polen, Thomas Buchsbaum, in einem Interview sei die »Drei-Meere-Initiative« kein politisches, sondern ein Infrastrukturprojekt, das insbesondere die Nord-Süd-Korridore der Energie-, speziell der Gasversorgung, betreffe sowie auch andere Kommunikationswege. »Ihr Ziel ist die wirtschaftliche Belebung und die daraus erfolgende Verbesserung der sozialen Bedingungen in der Region.« Der nächste Gipfel fand am 6. Juli 2017 in Warschau statt. An diesem nahm auch der US-amerikanische Präsident Donald Trump teil, was den diplomatischen Rang des Ereignisses erhöhte und ihm eine transatlantische Perspektive gab. Das dritte Treffen wurde am 17. und 18. September 2018 in Bukarest (Rumänien) abgehalten und ein weiteres fand am 5. und 6. Juni 2019 in Ljubljana (Slowenien) statt.

### **Intermarium als Ausdruck euroskeptischer Haltungen**

Welche Rolle spielt nun das Intermarium-Konzept in Polen im politischen, insbesondere im euroskeptischen, Diskurs? In einem sehr allgemeinen Verständnis bezieht sich Euroskeptizismus auf negative Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber dem europäischen Integrationsprozess als solchem, insbesondere in

Gestalt der Europäischen Union. Den so verstandenen Euroskeptizismus gibt es mindestens so lange, wie es den europäischen Integrationsprozess gibt. Die wissenschaftlichen Definitionen und Typologien des Euroskeptizismus bieten indessen ein deutlich differenzierteres Bild. Paul Taggart und Aleks Szczerbiak, die Klassiker der Literatur zum Euroskeptizismus verfasst haben, bestimmen die negative Einstellung gegenüber der EU, der Idee der Integration als Ganzer und der EU-Mitgliedschaft als »harten« Euroskeptizismus, während die negative Haltung gegenüber einer der EU-Politiken (bei der Akzeptanz der EU als Ganzer) ein Kriterium des »weichen« Euroskeptizismus ist.

Mit Blick auf diese Kategorien ist zunächst festzustellen, dass die gegenwärtige Debatte über das Intermarium-Konzept in Polen an vielen Stellen Merkmale eines euroskeptischen Diskurses aufweist. Wichtige Politiker des konservativen Regierungslagers benutzen die Formel Intermarium, um Inhalte zu kommunizieren, die als euroskeptisch klassifiziert werden können. Dies ist auch insofern interessant, als im Allgemeinen eine deutliche Unterstützung der polnischen Gesellschaft für die Mitgliedschaft des Landes in der EU zu beobachten ist. Im gesellschaftlich-politischen Bereich trat das Phänomen des Euroskeptizismus erst im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens deutlich zutage, und im Grunde erst in der Phase vor dem Beitrittsreferendum im Jahr 2003. Die Einstellung ging mit dem Verhandlungsprozess über die Beitrittsbedingungen einher, als – wenn auch nur vorübergehend – offen euroskeptische Parteien auf der politischen Bühne auftraten, wie zum Beispiel die Liga der Polnischen Familien, sowie gemäßigt euroskeptische (die sich selbst als eurorealistische bezeichneten) wie beispielsweise Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Diese wiederum waren eine natürliche Folge der sinkenden Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ab Mitte der 1990er Jahre bis zum Ende der Beitrittsverhandlungen im Dezember 2002. Eine positive Veränderung brachte erst die Intensivierung des Regierungsprogramms zur Informierung der Gesellschaft (*Program Informowania Społeczeństwa – PIS*), das ursprünglich eine reine Informations- und Aufklärungskampagne war. Angesichts der sinkenden Umfragewerte zur Mitgliedschaft Polens in der EU wandelte sie sich eindeutig in eine Werbekampagne und der Trend wendete sich. Seit dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 wuchs dann die Unterstützung für die Mitgliedschaft deutlich.

Eine Form des euroskeptischen Diskurses in der politischen Debatte in Polen kommt heute im Zusammenhang mit dem Intermarium-Konzept bzw. der Drei-Meere-Initiative zum Ausdruck. Da das Projekt »Präsidentenstatus« hat und die Hauptaktivitäten in die-

sem Bereich vom Präsidenten selbst bzw. eng mit ihm verbundenen Politikern initiiert wurden, werden im Folgenden Aussagen aus diesem Kreis angeführt. Präsident Andrzej Duda, der sich entschieden hat, die Drei-Meere-Initiative zu einer der Prioritäten seiner Präsidentschaft zu machen, konzentrierte sich – zumindest bei offiziellen Auftritten – auf technische Fragen und unterstrich gleichzeitig den pro-europäischen Charakter des Projektes: 2018 äußerte er sich in einem Zeitungsartikel: »Das Ziel der Drei-Meere-Initiative ist klar definiert, und zwar die infrastrukturellen Verzögerungen der Länder Mitteleuropas aufzuholen, die zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer liegen. Ich denke, dieses Ziel zu erreichen, wird die europäische Einheit stärken und nicht schwächen. Die Drei-Meere-Initiative ist also eine Idee zugunsten der europäischen Integration.« Ähnlich äußerte sich Präsidentenberater Andrzej Zybortowicz, ebenfalls 2018 in der Presse: »Die Drei-Meere-Initiative ist kein Projekt gegen die EU. Eher ein Rettungsring, falls sich zeigen sollte, dass das Flaggschiff Europa mit einem Eisberg zusammenstoßen sollte. [...] gegenwärtig kann das Drei-Meere-Projekt ein Plan B werden.« Hier ist bereits die hypothetische Annahme enthalten, dass das europäische Projekt in einen Misserfolg münden könnte oder gar in eine Katastrophe und dass die Drei-Meere-Initiative dann für die betreffenden Länder eine Art Heilmittel und integrative Notfalllösung darstellen könnte. Das wäre nichts Schlechtes, doch wenn man weitere Aussagen des Präsidentenberaters zu diesem Thema berücksichtigt, lässt sich feststellen, dass sie mit einer fundamentalen Kritik an ausgewählten europäischen Politikbereichen wie der Geld- oder der Migrationspolitik verknüpft sind. Bereits 2017 äußerte sich Zybortowicz im Fernsehen: »Warum sollten wir uns nicht vorstellen, dass unter der Last der nicht durchdachten Migrationspolitik oder der Politik gegenüber dem Euro der westliche Teil der Europäischen Union zusammenbrechen wird und der östliche Teil, die Visegrád-Gruppe, befreundete Länder, weiter als gemeinsames Projekt bestehen bleiben. Wir sollten keine Angst haben, auch solche Szenarien zu entwerfen.«

Bei der negativen Meinung über ausgewählte EU-Politikbereiche haben wir es also mit dem »weichen« Euroskeptizismus zu tun, die »harte« Ausprägung ist dagegen in einigen katastrophischen Entwürfen für die Zukunft des EU-Integrationsprojektes zu sehen. Typisch ist außerdem für den euroskeptischen Diskurs des Präsidenten und seines Umfelds, dass die Äußerungen eine sichtbar negative Haltung gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschland, beinhalten; diese werden im rechtskonservativen Diskurs vor allem in negativen Kategorien dargestellt. Im europäischen Kontext, und sogar da, wo sich der Diskurs auf techni-

sche Sachverhalte bezieht, wird der Begriff der Hegemonialmacht verwendet. »Es fehlt die Straßen- und Schieneninfrastruktur, die Energieinfrastruktur, letztlich die intellektuelle Infrastruktur, die den Norden mit dem Süden verbindet. Alle Schlüsselprojekte wurden horizontal entwickelt, von Ost nach West, derart, dass es erleichtert wird, die hegemoniale Position Deutschlands aufrecht zu erhalten und bis zu einem gewissen Grade auch die Frankreichs. Vertikale Verbindungen, die von oben nach unten verlaufen, fehlen in dieser Region«, so abermals Zybortowicz 2018 in der Presse. Einen ähnlichen Ton schlägt Präsident Duda (2017) an: »Notwendig ist die Ausdifferenzierung des Beziehungssystems zwischen dem ›Zentrum‹ und den von ihm bestimmten ›Peripherien‹, dessen Wesen der einseitige Transfer politischer, ökonomischer und kultureller Lösungen ist. Das System abstrahiert sehr häufig von der nationalen Sensibilität und dem lokalen Kontext, der von der eigenen Geschichte und Tradition bedingt ist.« Insbesondere die letzte Aussage unterstreicht die bedeutende Andersartigkeit der östlichen Peripherien der Europäischen Union, was für den Diskurs über die ausdifferenzierte Integration in Europa von Gewicht ist. Hier handelt es sich um die Kritik am Zentrum-Peripherie-System in der Europäischen Union, um die Kritik an verschiedenen Politikbereichen, die Vorhersage des Zusammenbruchs der EU. Das Intermarium-Konzept dagegen sei eine Art Antwort auf die vielen Defizite des Integrationsprojektes in Europa (als da wären die Hegemonie Deutschlands, die Abhängigkeitsverhältnisse, die »undurchdachten« Politiken Brüssels).

Der Ordnung halber sowie zur Kontrastierung sollen auch einige skeptische Aussagen gegenüber dem Intermarium-Konzept angeführt werden, die von Akteuren außerhalb des Regierungslagers getätigt wurden. Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates und vorher Ministerpräsident Polens, äußerte sich 2018 in einem Zeitungsartikel folgendermaßen: »Manche entwerfen ambitionierte Vorhaben in der Art der Drei-Meere-Initiative, die so lange attraktiv zu sein scheinen, wie sie keine klar umrissene Alternative zur EU als Ganzer sind.«

Die Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates gab Donald Tusk vor, den Zusammenhalt der Europäischen Union zu unterstreichen sowie auch die Gefahren in Form von illusorischen Alternativen zur Integrationshauptströmung. In ähnlichem Ton äußerte sich Jakub Majmurek 2017 im Magazin *Nowa Europa Wschodnia* (zu Deutsch: Neues Osteuropa): »Die Phantasievorstellungen eines Intermarium vergessen vollständig, dass niemand in der Region an einem solchen Bündnis und an der Führung Polens interessiert ist. [...] Trotz innerer, populistischer und nationalistischer Rhetorik sind

sie [die anderen Staaten, Anm. d. Übers.] wirtschaftlich mit Brüssel und vor allem mit Berlin verbunden – und nicht mit Warschau. Es gibt keine bedeutenden gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Kräfte, die lebhaft an einer lokalen Reorientierung der Politiken und Wirtschaften interessiert wären.«

Sogar Vertreter der Staaten, die zur Drei-Meere-Initiative gehören, äußerten sich kritisch über sie, so wurde beispielsweise ein tschechischer Diplomat 2017 in der Presse zitiert: »Für uns ist die Idee der Drei-Meere-Initiative nicht zu akzeptieren. Das ist ein Konzept des 20. Jahrhunderts, ein Großmachtprojekt Piłsudskis. [...] Prag schließt sich der Initiative Warschaus nicht an, das gemeinsam mit den Ländern Ostmitteleuropas eine Koalition gegen Deutschland und Frankreich aufbauen will.«

### Fazit

Das Ziel dieser Analyse war, das an Popularität gewinnende Intermarium-Konzept – und in seiner gegenwärtigen Reinkarnation das Konzept der Drei-Meere-Initiative – mit Blick auf die euroskeptische Narration des aktuellen politischen Diskurses in Polen darzustellen. Sowohl die Sprache als auch die Argumente, die für das Intermarium-Konzept eingesetzt werden, erlauben es, diesen Bereich des politischen Denkens sowohl dem »weichen« als auch dem »harten« Euroskeptizismus

zuzuordnen. Die Analyse von Politikeraussagen des Regierungslagers, die hier beispielhaft angeführt wurden, zeigt, dass das Intermarium-Konzept als Interpretationsrahmen verwendet wird, um euroskeptische Inhalte zu transportieren. Es handelt sich dabei um Kritik am Zentrum-Peripherie-System der Europäischen Union, Kritik an verschiedenen Politikbereichen, die auf übernationaler Ebene umgesetzt werden, oder auch um die Vorhersage des Zusammenbruchs der EU. Dagegen fungiert das Intermarium-Konzept als Antwort auf die vielen Defizite des Integrationsprojektes in Europa (die Hegemonie Deutschlands, die Abhängigkeitsverhältnisse, die »undurchdachten« Politiken Brüssels). Obwohl das Intermarium-Konzept nie als eine Spielart geopolitischer Strategie umgesetzt wurde (und nichts darauf hinweist, dass dies gegenwärtig der Fall sein wird), lässt sich doch sein bedeutendes diskursives Potential in der polnischen politischen Debatte feststellen. Es verknüpft die attraktive Verbindung zum historischen »Goldenen Zeitalter« des jagiellonischen Polen mit der Antwort auf Herausforderungen der Zukunft, die sich aus äußeren Bedrohungen ergeben können (sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten). Damit gibt das Intermarium-Konzept auch eine Antwort auf die Frage nach der Rolle und dem Platz Polens in Ostmitteleuropa.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

### Über den Autor

Dr. habil. Rafał Riedel ist Professor am Institut für Politologie der Universität Opoln (Uniwersytet Opolski) und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen (Schweiz).

## DOKUMENTATION

### Präsident Andrzej Duda auf dem 1. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative, Dubrovnik (Kroatien), 25. August 2016

[...]

Ich muss wahrscheinlich niemanden davon überzeugen, dass die Länder der »Drei-Meere-Region« ein wesentlicher Teil der euroatlantischen Gemeinschaft sind. **Unsere Staaten wollen diese Gemeinschaft bereichern und aktiv für ihre Entwicklung tätig sein und haben das Potential dazu.**

Bisher vollzog sich diese Entwicklung vor allem auf einer Ost-West-Achse. Trotz der unbezweifelbaren Leistung, die infolge dieses Handlungsmodells vollbracht wurde, schöpft es nicht in Gänze das Potential aus, das in den zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer gelegenen Ländern schlummert. **Gerade deshalb hat heutzutage die Bereicherung des europäischen Integrationsprozesses mit Hilfe des Aufbaus von Bindungen und Verbindungen auf der Nord-Süd-Achse eine so wesentliche Bedeutung.**

[...]

**Integration ist kein Feind der Vielfalt.** Es lohnt sich, sich dies in Erinnerung zu rufen, denn um sie zu bewahren gibt es heute kein größeres Hindernis als ein eindimensionales Entwicklungsmodell. **Wir können jedoch gemeinsam diese Logik revidieren,** indem wir die Bindungen zwischen den Ländern der Drei-Meere-Region vertiefen und gemeinsam das Potential der Nord-Süd-Achse entwickeln.

[...]

Die Transportverbindungen und die Energieinfrastruktur sind allerdings nicht alles. Wir müssen das Gefühl der Nähe der Nationen der Drei-Meere-Region auch in anderen Bereichen aufbauen. Die **Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und der Kultur,** außerdem der **Jugendaustausch** – das sind grundlegende Instrumente, dieses Ziel zu verwirklichen. **Wir erschaffen die geographische Nähe. Eine Herausforderung ist allerdings auch, dass wir eine gesellschaftliche Nähe erzeugen.**

[...]

*Hervorhebungen im Original.*

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,69,wystapienie-prezydenta-rp-pana-andrzej-dudy-podczas-dubrovnik-forum-2016.html> (abgerufen am 15.01.2020).*

## Präsident Andrzej Duda auf dem Wirtschaftsforum des 3. Gipfeltreffens der Drei-Meere-Initiative in Bukarest (Rumänien), 17. September 2018

[...]

in Bukarest realisieren wir die Voraussetzungen, die seit Beginn des Bestehens der Initiative in ihren strategischen Rahmen eingeschrieben sind. Die beiden Schlusssteine der Drei-Meere-Initiative waren und sind die Europäische Union sowie das Nordatlantikkündnis. Über die Identität der Drei-Meere-Initiative entscheiden unsere Zugehörigkeit zu Europa und unsere transatlantische Bindung. Wir sind heute hier, weil wir ein Teil der EU und der NATO sind. Wir sind bewusste und verantwortungsvolle Mitglieder des euroatlantischen Raums. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass die Drei-Meere-Initiative außerhalb dieser Grenzen tätig werden könnte, und noch weniger – gegen diese Organisationen und ihre Werte.

Diese Regeln begleitet allerdings ein wichtiger Gedanke – wir wollen Subjekte sein. Wir wollen, dass Mitteleuropa ein entwickelter, gut integrierter und sicherer Teil der euroatlantischen Welt ist. Wenn wir dies vollbringen wollen, konzentrieren wir uns vor allem auf die Vertiefung der Integration in den für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigsten Bereichen – Transport, Energie und Digitalisierung.

[...]

Wir haben auf dem [Drei-Meere-]Gipfel und auf dem Wirtschaftsforum die Chefs der größten Finanzinstitutionen in Europa und der Welt zu Gast – der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Der regionalen, europäischen und transatlantischen Komponente fügen wir damit auch ein finanzielles Element hinzu. Auf dem Gipfel werden auch der Chef der Europäischen Kommission sowie die betreffenden EU-Kommissare anwesend sein. Auf diese Weise zeigen wir, dass sich die Beziehungen der Drei-Meere-Initiative zur EU auf die Prinzipien der Symbiose und der Synergie stützen und nicht auf die der Konkurrenz und der Rivalität. Auf diese qualitativ hochwertigen Beziehungen zur EU setzen wir einen sehr starken Akzent.

[...]

Im Verlauf des heutigen Wirtschaftsforums werden wir Zeugen der Unterzeichnung zweier besonders wichtiger Dokumente sein – der Gemeinsamen Erklärung zur Berufung eines Netzes von Handelskammern der Drei-Meere-Initiative zusammen mit ihrem Wirtschaftsrat und der Absichtserklärung, einen Drei-Meere-Fonds zu gründen. Dank diesen Instrumenten können wir unsere Zusammenarbeit mit noch größerer Wirksamkeit als bisher fortsetzen. Vor allem aber stärken wir den Modernisierungsprozess in Mitteleuropa. Wir tun dies von unten, punktuell, indem wir uns auf die nächsten Etappen einzelner Investitionen konzentrieren.

[...]

Die Zusammenarbeit im Bereich Energie, die Diversifizierung von Energielieferanten, die Entwicklung des Flüssig-gasmarktes – das sind Bereiche von großer Bedeutung für Polen sowie für den ganzen Drei-Meere-Raum. Deshalb hat die Zusammenarbeit mit den USA Schlüsselbedeutung. Die Drei-Meere-Initiative ist für Amerika ein strategisches Instrument, um Beziehungen zu Mitteleuropa aufzubauen. Ausdruck dessen ist nicht nur die große und immer noch wachsende Aktivität der amerikanischen Wirtschaft im Bereich der Drei-Meere-Initiative, sondern auch das Interesse und die Unterstützung der amerikanischen Regierung für die Idee der Drei-Meere-Initiative.

[...]

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

Quelle: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,523,wystapienie-prezydenta-podczas-forum-biznesowego-trojmorza.html> (abgerufen am 15.01.2020).

## Präsident Andrzej Duda auf dem 4. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative in Ljubljana (Slowenien), 6. Juni 2019

[...]

Ich erinnere mich daran, wie Frau Präsidentin [Kolinda Grabar-Kitarović] und ich uns das erste Mal in Krakau [Kra-ków] – in der Villa Decius im Jahr 2015 – getroffen haben und damals zum ersten Mal darüber sprachen, dass es sich lohnen würde, eine solche Initiative speziell für Mitteleuropa zu entwickeln. Für das Europa, das einst hinter dem Eisernen Vorhang war und das über Jahre schlicht und einfach Verzögerungen unterlag, was die Entwicklung der Kommunikationsinfrastruktur angeht – der Straßen-, Eisenbahn-, Energie-, und heute auch der Digitalisierungsinfrastruktur, denn eben eine solche Entwicklung wollen wir für die Zukunft.

[...]

Wir haben beschlossen, den [Drei-Meere-Fonds] als im Grunde einzige institutionalisierte Form der Zusammenarbeit im Rahmen der Drei-Meere-Initiative zu gründen. Denn [...] wir wollen keine Bürokratie, keine speziellen Sekretariate oder anderen Institutionen. Nein! Wir wollen nur gemeinsame Projekte haben und möglichst viele Möglichkeiten sie zu finanzieren, damit die Entwicklung der Infrastruktur kohärent und schnellstmöglich voranschreitet und um so Europa zu entwickeln [...].

Das ist für uns das Wichtigste: Wir wollen ganz einfach im Bereich der Infrastruktur den Westen Europas einholen und gleichzeitig für die europäischen Unternehmer, für die europäischen Touristen und alle anderen bessere Bedingungen für Kommunikation, Transport und ebenfalls – kurz und gut – für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen; diesem soll die Infrastruktur dienen. Sowie auch der Sicherheit, wenn auch der Energiesicherheit.

[...]

Wir wollen diesen Weg weiter beschreiten, unsere Länder entwickeln. Wie ich bereits sagte: zum Nutzen unserer Gesellschaften, aber nicht nur, sondern auch zum Nutzen der ganzen Europäischen Union und derer, die in die Europäische Union kommen. Vor allem, um bessere Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung, Geschäfts- und Touristikperspektiven zu schaffen, eben in diesem Nord-Süd-Raum Europas – um unseren Gesellschaften Sicherheit und Wohlstand zu bringen. Das ist für uns das Wichtigste. Wir sind der Meinung, dass das unsere große Aufgabe als derjenigen ist, die heute ihre Staaten und Nationen repräsentieren und denen die Macht auf demokratische Weise übertragen wurde. Es ist unsere Pflicht, nach dieser Entwicklung in größtmöglichem Maße zu streben.

[...]

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

Quelle: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,743,prezydent-chcemy-bezpieczenstwa-i-dobrobytu-naszycz-spoloczenstw.html> (abgerufen am 15.01.2020).

## Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, auf dem 3. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative, Bukarest (Rumänien), 18. September 2018

### Pressemeldung der Europäischen Kommission

[...]

Präsident Juncker sprach auf dem Gipfeltreffen in der Vollversammlung, die Schlüsselprojekten in Energie, Verkehr und digitalen Zusammenschaltungen und der Rolle der Drei-Meeres-Initiative als Katalysator für die Kohäsion und Konvergenz in der EU und die Festigung der transatlantischen Verbindung gewidmet war.

Präsident Juncker erklärte hierzu: *»Ich fand immer, dass Europa – wie soll ich sagen – mit beiden Seiten seiner Lunge atmen muss: dem Osten und dem Westen, weil ihm sonst die Luft ausgeht. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es außer Atem gerät, weshalb wir uns unter Europäern über die Tugend der verstärkten Zusammenarbeit verständigen müssen, wenn ich das so sagen darf, nicht im Sinne des Vertrags, sondern im Sinne der gemeinsamen Sprache zwischen Ost und West.«*

*»Wir müssen, wie ich bereits sagte, die Breitbandverbindungen in Europa ausbauen. Deshalb ist ein Drittel der insgesamt 150 Milliarden Euro, die in die Regionen in den Ländern der Drei-Meeres-Initiative investiert werden und die alle aus dem Fonds für regionale Entwicklung und dem Kohäsionsfonds stammen – für den die rumänische Kommissarin Corina Crețu zuständig ist, der mein Dank gilt – für Konnektivitätsprojekte bestimmt, und davon wiederum 2,5 Milliarden Euro für den Ausbau breitbandfähiger digitaler Infrastrukturen, vor allem in den ländlichen Regionen dieser Länder«,* so Präsident Juncker weiter.

Die Europäische Kommission erkennt den Beitrag der Drei-Meeres-Initiative zur regionalen Entwicklung an, die zu einem größeren Zusammenhalt der Union insgesamt führt. Konkret ist die Europäische Kommission einer der Hauptgeldgeber für Investitionen in Konnektivität und Infrastrukturentwicklung in der Region zwischen den drei Meeren.

Quelle: [https://ec.europa.eu/commission/news/president-juncker-attends-three-seas-initiative-summit-2018-sep-18\\_de](https://ec.europa.eu/commission/news/president-juncker-attends-three-seas-initiative-summit-2018-sep-18_de) (abgerufen am 16.01.2020).

## Rede von Staatssekretär Andreas Michaelis (Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland) auf dem 4. Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative, Ljubljana (Slowenien), 6. Juni 2019

– es gilt das gesprochene Wort, Rede wurde auf Englisch gehalten –

Thank you very much for the invitation to this year's Summit of the Three Seas Initiative. The participation of Federal President Frank-Walter Steinmeier at the official dinner yesterday highlighted Germany's commitment to the initiative and the progress we are making towards full fledged participation. I am delighted to join you in order to underline Germany's interest in 3SI.

My special thanks go to President Borut Pahor and to our host country Slovenia for driving this initiative forward and for including Germany in the Sherpa process to this summit. This has put us in a better position to support the initiative. We share the objective to reinforcing cohesion and connectivity and to focus on issues of practical importance for security and welfare in Central and Eastern Europe.

Germany fully subscribes to the three pillars that President Pahor described so convincingly in the invitation letter to the summit: Economic Development, European cohesion and Transatlantic Ties.

What is Germany's contribution to 3SI?

Germany fits in – in every regard – geographically, historically, politically, economically: we are a Baltic rim country sharing the history of both parts, Eastern and Western Europe. Five of our 16 Länder were part of the Eastern block and have been going through transformation. We are aware of the challenges to people's lives.

Maintaining close political links with the region and each and every one of the 3SI states, Germany is able to produce additional dynamics for the initiative.

Germany is a key economic partner for each of the 3SI members. Strengthening our bilateral and our regional cooperation will foster growth, cohesion and convergence in Central Europe.

European connectivity takes center stage for Germany. To create synergies, for example with the EU strategy on connectivity between Europe and Asia, we should build on established EU instruments in transport, energy and communication to make connectivity a reality. The European Commission has proposed 42 bn € in the next EU Budget 2020 – 27 for connectivity projects only, including more than 30 bn € for transportation. I am therefore confident that the European Union's next Financial Framework could provide many of the projects on the 3SI priority list with the necessary boost. This makes it all the more important that the 3SI Fund will operate in a way compatible with existing EU rules. I am sure the European Commission stands ready to provide advice in that regard.

Within this context, I am particularly glad to see President Juncker here today, a key promotor of EU coherence and unity. You have emphasized time and again that in the face of external challenges our continent is facing, Europe must act as one. I agree with you, a unified European Union is essential—also to contain Russia.

Germany is getting more and more involved in 3SI. Let me highlight some points:

This year, for the first time, Germany actively participates in the 3SI Business Forum. Some key German stakeholders on infrastructure and energy are present today like Deutsche Bahn, Siemens, SAP or Airbus. We are ready to engage with the next 3SI presidency in order to deepen our cooperation in this direction.

Last year we hosted a meeting of stakeholders to explore how to generate synergies between the EU-connectivity strategy and 3SI-connectivity goals.

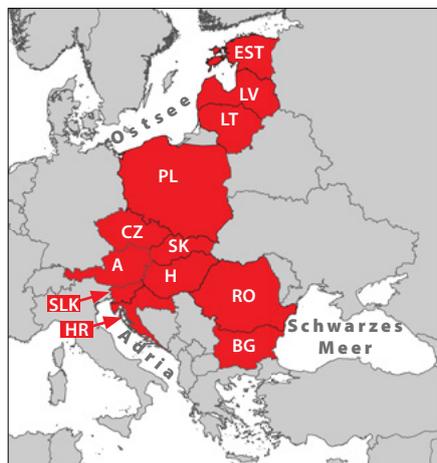
Germany will continue to pursue the so-called “Berlin process” with the participation of 3SI-members. The objective is to stabilize the Western Balkans through a credible European and transatlantic perspective, through regional cooperation and connectivity as well as by intensifying mutual exchange especially between young people. The Poznan Summit next month following-up the “Berlin process” is set to produce important results for a more stable and secure Southeast Europe.

Let me conclude with a remark regarding today's Summit Declaration. If we want to contribute to EU unity, we should send clear signals in support of European cohesion, European values and the EU's strategic agenda. My impression is that this was the case here. Thank you very much.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/michaelis-3-meere-initiative/2226988> (angerufen am 15.01.2020).

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

### Die Mitgliedsstaaten der Drei-Meere-Initiative



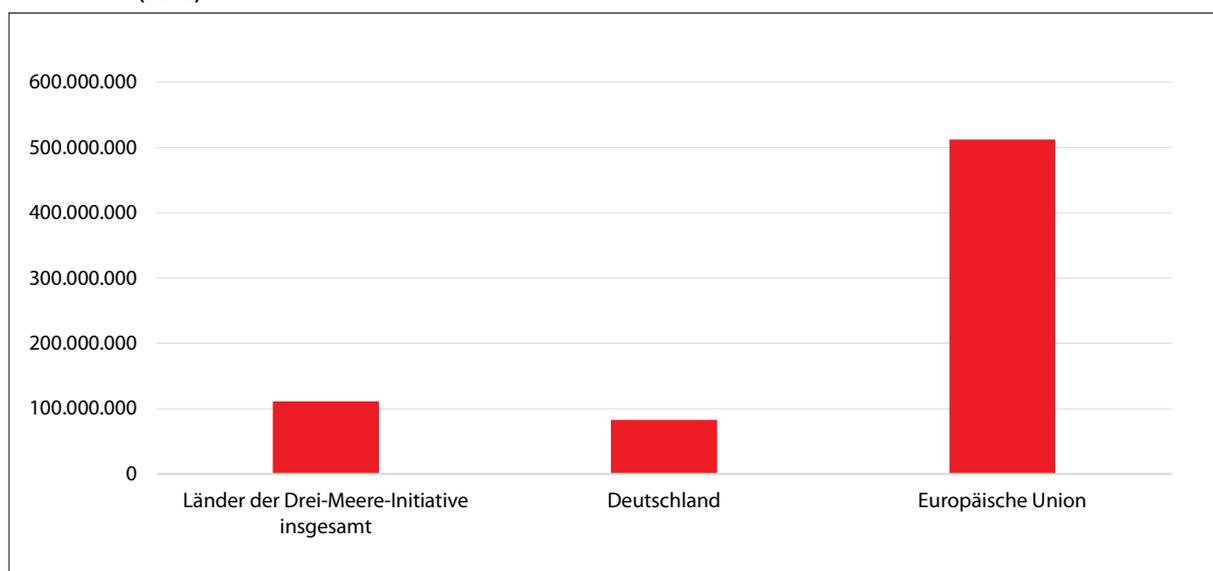
**Grafik 1: Die Mitgliedsstaaten der Drei-Meere-Initiative (Ostsee – Adria – Schwarzes Meer)**

EST: Estland; LV: Lettland; LT: Litauen; PL: Polen; CZ: Tschechien; SK: Slowakei; A: Österreich; H: Ungarn; SLK: Slowenien; HR: Kroatien; RO: Rumänien; BG: Bulgarien

Karte erstellt von der Redaktion der Polen-Analysen in QGIS mit Daten von <http://www.diva-gis.org/gdata>

## Einwohnerzahlen und Wirtschaftsdaten

**Grafik 2: Die Einwohnerzahl der Länder der Drei-Meere-Initiative, Deutschlands und der Europäischen Union (2018)\***



\*Bevölkerung am 1. Januar

Quelle: Eurostat. [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo\\_pjan&lang=de#](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo_pjan&lang=de#) (abgerufen am 17.01.2019)

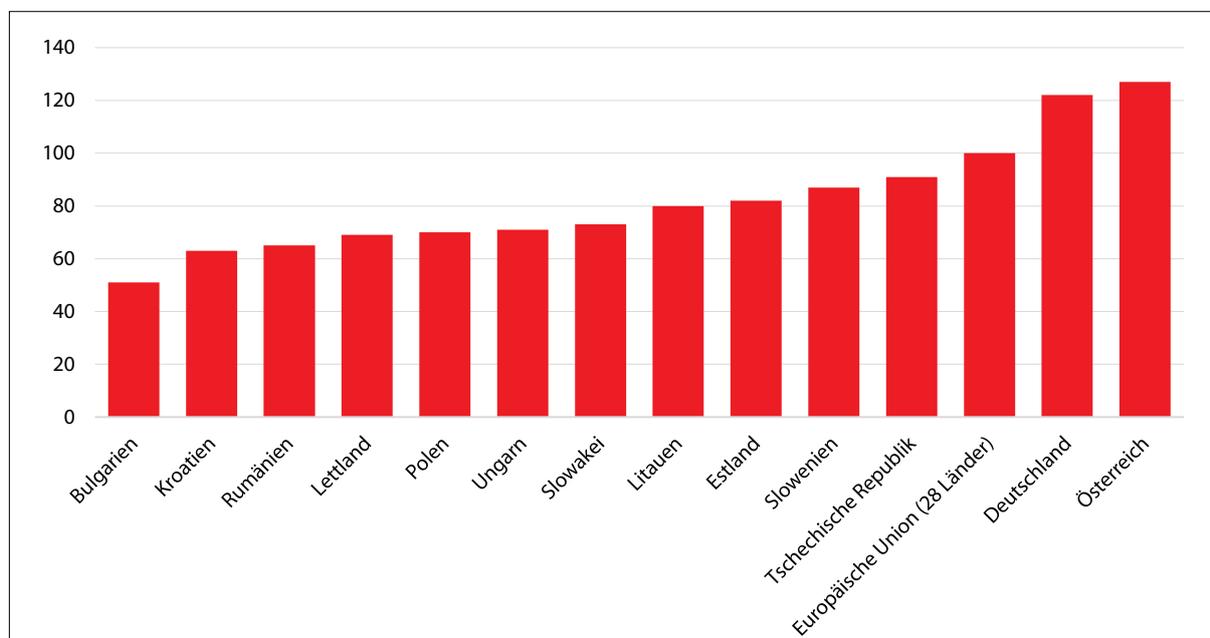
**Tabelle 1: Die Einwohnerzahl der Länder der Drei-Meere-Initiative, Deutschlands und der Europäischen Union (2018)\***

Staat	2018
Länder der Drei-Meere-Initiative insgesamt	111.445.951
Bulgarien	7.050.034
Estland	1.319.133
Kroatien	4.105.493
Lettland	1.934.379
Litauen	2.808.901
Österreich	8.822.267
Polen	37.976.687
Rumänien	19.530.631
Slowakei	5.443.120
Slowenien	2.066.880
Tschechische Republik	10.610.055
Ungarn	9.778.371
Deutschland	82.792.351
Europäische Union	512.379.225

\*Bevölkerung am 1. Januar

Quelle: Eurostat. [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo\\_pjan&lang=de#](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo_pjan&lang=de#) (abgerufen am 17.01.2019)

**Grafik 3: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS): Länder der Drei-Meere-Initiative, Europäische Union und Deutschland (2018)**



Daten vom 1. Dezember 2019

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU28), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveaunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass dieser Index EU28 = 100 auf der Basis von KKS primär für Vergleiche zwischen Ländern und nicht für Periodenvergleiche gedacht ist.

Quelle: Eurostat. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00114/default/table?lang=de> (abgerufen am 17.01.2019).

**Tabelle 2: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS): Europäische Union, Länder der Drei-Meere-Initiative und Deutschland (2009–2018)**

Staat	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Europäische Union (28 Länder)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Bulgarien	43	44	45	46	45	47	47	49	50	51
Estland	64	65	71	74	76	77	76	76	78	82
Kroatien	62	59	60	60	59	59	59	60	61	63
Lettland	52	53	57	60	62	63	64	64	66	69
Litauen	56	60	66	70	73	75	74	75	78	80
Österreich	127	126	128	132	131	130	129	128	127	127
Polen	59	62	65	67	67	67	68	68	69	70
Rumänien	52	51	52	54	54	55	56	59	63	65
Slowakei	71	75	75	76	77	77	77	72	72	73
Slowenien	85	84	83	82	82	82	82	83	85	87
Tschechische Republik	85	83	83	82	83	86	87	87	89	91
Ungarn	64	65	66	66	67	68	69	68	68	71
Deutschland	116	119	122	123	123	125	123	123	123	122

Daten vom 1. Dezember 2019

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU28), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveaunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass dieser Index EU28 = 100 auf der Basis von KKS primär für Vergleiche zwischen Ländern und nicht für Periodenvergleiche gedacht ist.

Quelle: Eurostat. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00114/default/table?lang=de> (abgerufen am 17.01.2019).



## 17. Dezember 2019 – 20. Januar 2020

17.12.2019	In einer 40-seitigen Stellungnahme äußert sich das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) zum Gesetzespaket zur Gerichtsreform, über das der Sejm abstimmen soll. Hingewiesen wird auf die Unverträglichkeit der Reformen mit dem EU-Recht und die hohe Wahrscheinlichkeit eines weiteren Vertragsverletzungsverfahrens von Seiten der EU.
18.12.2019	In mehr als 100 Städten protestieren Tausende Menschen gegen die zur Abstimmung stehenden Gerichtsreformen.
19.12.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beruft Jan Dziędziczak zum Regierungsbeauftragten für die Polonia und die Polen im Ausland. Seine Aufgabe ist es, Programme für die Betroffenen zu entwickeln und zu koordinieren sowie das Thema der Auslandspolen stärker publik zu machen. Das Amt wurde aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates neu eingerichtet.
20.12.2019	Im Eiltempo verabschiedet der Sejm ein Gesetzespaket zur Gerichtsreform. Es betrifft die allgemeinen Gerichte, das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) die Verwaltungs- und die Militärgerichte und die Staatsanwaltschaften. Die neuen Vorschriften betreffen u. a. Disziplinarmaßnahmen gegenüber Richtern, wenn sie sich kritisch äußern und politisch betätigen. Für die Reform stimmen 233 Abgeordnete bei 205 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen. Die Reform ist in der Politik und in Fachkreisen im In- und Ausland umstritten. Vor vier Tagen hatte auch die Europäische Kommission angekündigt, sich mit dem Reformprojekt zu befassen. Noch vor der Abstimmung im Sejm hatte die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, die polnische Regierung in einem Brief aufgerufen, das Gesetzgebungsverfahren nicht weiterzuverfolgen und die »Venedig-Kommission«, die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, in dieser Angelegenheit zu konsultieren.
21.12.2019	Angesichts der jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, in denen er u. a. das Münchener Abkommen als Ursache für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bewertet und nicht den Hitler-Stalin-Pakt, veröffentlicht das Außenministerium eine Erklärung, in der es sich besorgt und ungläubig über die Verfälschungen der Geschichte durch die russische staatliche Propaganda zeigt und sich dafür ausspricht, dass die polnisch-russische Gruppe für Schwierige Angelegenheiten ihren Dialog über historische Frage wieder aufnimmt. Die Äußerungen Putins würden nicht nur die gemeinsame Arbeit der polnischen und russischen Experten, sondern auch das Verdienst seiner Amtsvorgänger Michail Gorbatschow und Boris Jelzin verspielen.
23.12.2019	Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) veröffentlicht eine Stellungnahme zum Gesetzespaket über die Gerichte, das in der vergangenen Woche im Sejm verabschiedet wurde. U. a. wird festgestellt, dass die Kompetenzerweiterung der Disziplinarkammer mit ihrer Unterordnung unter die Exekutive einhergeht.
23.12.2019	Die Regierung verabschiedet den Haushaltsentwurf für das Jahr 2020. Mit 435,3 Mrd. Złoty auf der Einnahmen- und Ausgabenseite handelt es sich um einen ausgeglichenen Haushalt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki betont, dass Wahlkampfversprechen wie die Fortsetzung des Familienförderprogramms »500+«, die Aufhebung bzw. Senkung der Einkommensteuer für bestimmte Gruppen und die 13. Rentenzahlung eingelöst werden. Außerdem werde in die innere und äußere Sicherheit investiert sowie in die wirtschaftliche Entwicklung.
29.12.2019	Vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin über den Zweiten Weltkrieg, in denen er u. a. die Verantwortung der Sowjetunion einschränkt, veröffentlicht Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eine Stellungnahme. Er warnt davor, Täter und Opfer zu vertauschen und unterstreicht, dass auch die russische Bevölkerung die Wahrheit zu hören verdiene.
30.12.2019	Der Senat teilt mit, dass er im Jahr 2019 soziale und kirchliche Organisationen der Polen im Ausland mit ca. 5,3 Mio. Złoty für karitative Zwecke und mit ca. 2,6 Mio. Złoty für Investitionen unterstützt hat. Dem Senat obliegt eine besondere Verpflichtung für die Betreuung der Polnischstämmigen, die infolge von Grenzverschiebungen oder Deportationen außerhalb Polens leben.
31.12.2019	In seiner Weihnachtsansprache hebt Präsident Andrzej Duda für das Jahr 2019 soziale Verbesserungen und die vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der NATO und den USA hervor. Weiter wertet er die hohe Wahlbeteiligung bei den Europa- und Parlamentswahlen in Polen als Ausdruck einer starken Zivilgesellschaft. Im Jahr 2020 werde Polen unter dem Leitwort »Erfolge« stehen, so Duda.
01.01.2020	Die 21. Podhaler Schützenbrigade der polnischen Streitkräfte agiert für ein Jahr als sogenannte Rahmennation in der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Very High Readiness Joint Task Force – VJTF).
02.01.2020	Jacek Sasin, Minister für staatliche Aktiva, teilt mit, dass mit Beginn des neuen Jahres die Abteilungen der Ressorts, die die Eigentümeraufsicht in ihren Bereichen geführt haben, im Ministerium für staatliche Aktiva (Ministerstwo Aktywów Państwowych) zusammengeführt werden. Das unlängst eingerichtete Ministerium übernimmt die Aufsicht über die Mehrheit der Gesellschaften des Staatsschatzes.

03.01.2020	Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), gibt bekannt, dass er sich nicht um seine Wiederwahl bewerben und den Kandidaten Tomasz Siemoniak unterstützen wird. Weitere Kandidaten für den PO-Vorsitz sind Bartosz Arłukowicz, Borys Budka, Joanna Mucha und Bogdan Zdrojewski.
05.01.2020	Präsident Andrzej Duda gibt in einem Fernsehinterview bekannt, dass er den Kabinettsrat für die kommende Woche einberufen hat. Thematisiert werden sollen die Situation im Nahen Osten infolge des sich verschärfenden Konflikts zwischen den USA und dem Iran und die angekündigte internationale Gedenkveranstaltung in Jerusalem aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee. Zum Kabinettsrat gehören der Präsident und die Regierung; er wird bei Fragen von besonderem staatlichem Interesse einberufen.
06.01.2020	Die stellvertretende Sejmarschallin Małgorzata Kidawa-Błońska (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), kritisiert an der am Vortag von Präsident Andrzej Duda bekannt gegebenen Entscheidung, den Kabinettsrat zur Besprechung der Konfliktlage im Nahen Osten einzuberufen, dass Duda die Sicherheit Polens nur im eigenen Kreis thematisieren wolle und die Oppositionsparteien, die zehn Millionen Polen repräsentieren, ausschließe.
07.01.2020	Im Sejm endet nach fünfstündiger Sitzung das erste Treffen eines Runden Tisches zur Situation der Justiz in Polen. Hintergrund sind die umstrittenen Justizreformen der rechtskonservativen Regierung. Das Treffen fand unter der Leitung des stellvertretenden Sejmarschalls Piotr Zgorzelski (Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) statt, Teilnehmer waren führende Abgeordnete der Oppositionsfraktionen PSL-Kukiz '15, der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska) und von der Gruppierung Die Linke (Lewica) sowie Experten der Rechtswissenschaft und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hatte die Teilnahme abgelehnt. In einer Abschlussklärung wird unterstrichen, dass die Gerichte nicht das Eigentum politischer Parteien, von Lobbygruppen oder Einzelpersonen sind. Außerdem wird angekündigt, einen Konsens über eine echte Justizreform zu suchen. Gegründet wird eine Arbeitsgruppe, die sich mit aktuellen Entwicklungen infolge der durchgesetzten Justizreform befasst, und eine zweite, die eigene Reformvorschläge erarbeiten soll.
07.01.2020	Die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) teilt in dem Nachrichtendienst »Twitter« mit, dass sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) und Parteivorsitzender Jarosław Kaczyński in Warschau mit dem Ministerpräsidenten Ungarns, Viktor Orbán, getroffen haben. Thematisiert wurde die Zusammenarbeit der PiS und der ungarischen Fidesz Partei auf europäischer Ebene, insbesondere mit Blick auf die Zukunftsstrategie der EU.
08.01.2020	Auf dem Neujahrsempfang des Präsidenten für Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Polen kritisiert Präsident Andrzej Duda, dass in Jerusalem eine internationale Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des deutschen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau stattfinden soll und dort die Präsidenten Deutschlands, Frankreichs und Russlands Ansprachen halten sollen. Polen dürfe der Erinnerungsort nicht genommen und das zentrale Gedenken nicht an einen anderen Ort transferiert werden. Die meisten Opfer des Holocaust seien polnische Bürger gewesen und der polnische Staat habe nie mit Deutschland kollaboriert. Seine Anwesenheit an der Gedenkveranstaltung in seiner Funktion als Präsident macht Duda davon abhängig, ob er eine Rede halten darf. Am Neujahrsempfang des Präsidenten nehmen u. a. Michael Schudrich, Oberrabbiner in Polen, der Botschafter Israels in Polen, Alexander Ben Zvi, und sein Vorgänger, Szewach Weiss, teil.
09.01.2020	Der Sejm verabschiedet per Akklamation einen Beschluss aus Anlass jüngster Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, in denen dieser den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geringer als in Wirklichkeit darstellt und die Regierungen Polens, Frankreichs, Großbritanniens und der USA der Mitverantwortung bezichtigt. Der Sejm verurteilt die provokativen und falschen Aussagen und sei verpflichtet festzustellen, dass die totalitären Mächte nationalsozialistisches Deutschland und stalinistische Sowjetunion den Beginn des Zweiten Weltkrieges herbeigeführt haben. Der Sejm gebe keine Zustimmung zu einer Rückkehr zu imperialen Verfälschungen, die den historischen Dialog zwischen der Regierung Russlands und anderen Nationen zurückdrehen.
10.01.2020	Die »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) beendet ihren zweitägigen Besuch in Warschau. Die Kommission führte Gespräche mit Abgeordneten und Senatoren der Regierungspartei und der Opposition, Vertretern des neuen Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS), dem Bürgerrechtsbeauftragten und der ersten Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN), um für die kommende Woche eine Stellungnahme zum Gesetzespaket über die Gerichte zu erarbeiten, das im Dezember 2019 verabschiedet worden war. Regierungsvertreter haben ein Treffen mit der »Venedig-Kommission« abgelehnt, da Senatsmarschall Tomasz Grodzki angeblich keine Kompetenz hatte, sie einzuladen. In einem Brief an die Kommission hat Vizejustizminister Marcin Warchoł, der gleichzeitig Mitglied der »Venedig-Kommission« ist, ihren Besuch in Warschau als inoffiziell und informell bezeichnet.

11.01.2020	In Warschau findet der »Marsch der 1.000 Roben« statt, der vom Sitz des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) zum Parlamentsgebäude führt. Der Schweigemarsch ist eine Protestveranstaltung von Richtern gegen das Disziplinargesetz, das im Rahmen eines Gesetzespakets zur Gerichtsreform vor wenigen Tagen vom Sejm verabschiedet wurde und Strafen für Richter beinhaltet, wenn sie beispielsweise die Justizreform kritisieren. Laut Angaben des Rathauses in Warschau nehmen an dem Marsch knapp 30.000 Personen teil, Informationen des Mitorganisators, des Verbands Polnischer Richter »Iustitia«, zufolge kamen die Teilnehmer aus über 20 europäischen Ländern nach Warschau.
13.01.2020	Das Pressebüro des Bürgerrechtsbeauftragten, Adam Bodnar, teilt mit, dass Bodnar Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens im Zusammenhang mit dem »Unabhängigkeitsmarsch« am 11. November 2017 eingelegt hat. Bodnar hatte damals angezeigt, dass bei dem Marsch rassistische sowie gegen den Islam und gegen Emigranten gerichtete Symbole und Schlagworte gezeigt worden waren. Bodnar fordert eine Wiederaufnahme des Verfahrens, da nicht alles getan worden sei, um die Täter zu identifizieren, außerdem erhebt er Einspruch gegen die Bewertung, dass die beim Marsch gezeigten Symbole keine eindeutige Bedeutung trügen. Die Angelegenheit liegt nun beim Bezirksgericht Warschau-Zentrum.
14.01.2020	Die Europäische Kommission beantragt beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine einstweilige Verfügung, um die Aussetzung der Arbeit der Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) in Polen zu erreichen. Die Kammer entscheidet über Disziplinarmaßnahmen gegenüber Richtern an polnischen Gerichten, u. a. in Fällen, wenn sich Richter kritisch über die Regierung äußern.
16.01.2020	Das Europäische Parlament stimmt mit 446 Stimmen bei 178 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen für eine Resolution zur Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn. Darin wird festgestellt, dass sich die Lage verschlechtert. Weiter werden die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Risiko der Verletzung europäischer Werte auszuschließen, da jede Rechtsverletzung dieser Art nicht nur den verursachenden Staat betreffe, sondern auch Auswirkungen auf die anderen EU-Mitgliedsländer habe. Außerdem sollen Vorschriften erarbeitet werden, dass finanzielle Mittel der EU für die Mitgliedsländer an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden.
16.01.2020	Die »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) veröffentlicht ihre Stellungnahme zum Gesetzespaket zur Gerichtsreform, das der Sejm im Dezember 2019 im Eiltempo beschlossen hat. Es könne eine weitere Beschränkung der Unabhängigkeit der polnischen Gerichte festgestellt werden. Empfohlen wird, die Gesetze zurückzuweisen. Die Stellungnahme der »Venedig-Kommission« ist nicht bindend.
17.01.2020	Regierungssprecher Michał Dworczyk kritisiert die Resolution des Europäischen Parlaments vom Vortag zu der sich verschlechternden Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn als politisch motiviertes und parteisches Vorgehen gegen Polen. Ein Teil der polnischen Europaabgeordneten werde für die Resolution gestimmt haben, weil er die in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ablehne, so Dworczyk.
18.01.2020	Auf dem Parteitag der Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) wird Krzysztof Bosak, Vizevorsitzender der rechtsnationalen Nationalen Bewegung (Ruch Narodowy), zum Kandidaten für die Präsidentenwahlen in Polen im Mai gewählt. Er erhielt 51,9% der Stimmen vor Grzegorz Braun mit 46,5% der Stimmen. Zur Wahl hatten sich außerdem Konrad Berkowicz, Artur Dziambor, Janusz Korwin-Mikke, Jacek Wilk, Magdalena Ziętek-Wielomska, Paweł Skutecki und Krzysztof Tołwiński gestellt.
19.01.2020	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stimmt auf ihrem Parteitag in Stolp (Słupsk) einstimmig für Robert Biedroń, Parteivorsitzender von Frühling (Wiosna), als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Mai. Vorher haben schon Wiosna und Lewica Razem (Die Linke Gemeinsam) Biedroń als gemeinsamen Kandidaten des Linksbündnisses gewählt.
20.01.2020	In einem Fernsehinterview mit dem polnischen Sender »TVN24« begründet Bogdan Arłukowicz, Europaabgeordneter der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), den Rückzug seiner Kandidatur für das Amt des PO-Parteivorsitzenden in der vergangenen Woche. Er habe dazu beitragen wollen, dass die Wahl des Parteichefs im ersten Wahlgang abgeschlossen werden kann. Es kandidieren nun noch Tomasz Siemoniak, Joanna Mucha, Borys Budka, Bogdan Zdrojewski und Bartłomiej Sienkiewicz. Arłukowicz appelliert an seine Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls Entscheidungen zu treffen, die eine endgültige Wahlentscheidung beim ersten Wahlgang ermöglichen, damit die PO rasch in den Präsidentschaftswahlkampf eintreten kann. Die Wahl des Präsidenten der Republik Polen soll im Mai stattfinden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

**ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN**

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))**

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))**

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

**Herausgeber:**

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.